

## Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2022 im Land Brandenburg

### 0 Vorbemerkungen zur Erfassung Politisch motivierter Kriminalität

Straftaten, die aus einer politischen Motivation heraus begangen werden, werden nach einheitlich abgestimmten Erfassungskriterien zwischen dem Bund und den Ländern im „Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) erfasst, welcher die Grundlage für die statistische Erfassung bildet. Dabei handelt es sich entgegen der „Polizeilichen Kriminalstatistik“ (PKS), um eine Eingangsstatistik. Die Fallzählung erfolgt tatzeitbezogen.

Ausgehend von der Motivation zur Tatbegehung und den Tatumständen werden politisch motivierte Taten entsprechenden Themenfeldern und Unterthemen zugeordnet sowie die erkennbaren ideologischen Hintergründe und Ursachen der Tatbegehung in einem staatsschutzrelevanten Phänomenbereich abgebildet. Ein Sachverhalt mit PMK-Bezug ist immer nur einem Phänomenbereich der PMK zuzuordnen. Ist der Sachverhalt nicht unter die Phänomenbereiche PMK -links-, -rechts-, -ausländische Ideologie- oder -religiöse Ideologie- subsumierbar, erfolgt eine Zuordnung zum Phänomenbereich PMK -nicht zuzuordnen<sup>1</sup>. Darüber hinaus wurde zum 01.01.2019 der Angriffszielkatalog bundesweit eingeführt.

### 1 Eckdaten zur Fallzahlenentwicklung

#### 1.1 Politisch motivierte Kriminalität – Gesamtübersicht

Die Gesamtzahl der dem „Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) unterliegenden Straftaten beträgt für den Zeitraum 01.01. bis 31.12.2022 insgesamt **4.384** (2021: 3.661) und ist damit das höchste Fallzahlenaufkommen seit Einführung des Definitionssystems PMK im Jahr 2001 (+723 Fälle bzw. +20%).

91 %<sup>2</sup> der registrierten Fälle sind der Deliktsqualität „Politisch motivierte Kriminalität“, 7 % der Deliktsqualität „Gewaltkriminalität“ zuzuordnen und bei 2 % handelt es sich um „Straftaten ohne explizite politische Motivation“. Der Deliktsqualität „Terrorismus“ werden sechs Fälle zugeordnet.

Von den 4.384 Fällen Politisch motivierter Kriminalität sind insgesamt **2.046** Fälle der PMK -rechts- (2021: 1.813) sowie **232** Fälle der PMK -links- (2021: 386) zuzuordnen. Es wurden **25** Fälle im Bereich der PMK -religiöse Ideologie- und **89** Fälle im Bereich der PMK -ausländische Ideologie- im Jahr 2022 festgestellt (2021: 27 bzw. sechs). **1.992** politisch motivierte Straftaten wurden im Bereich PMK -nicht zuzuordnen- klassifiziert (2021: 1.429).

Im Jahr 2022 wurden 201 Fälle des „Hasspostings“ klassifiziert (2021: 91). Davon wurden 102 Fälle dem Phänomenbereich PMK -rechts- (2021: 64) zugeordnet.

Bei Straftaten zum Nachteil von Amts- und/ oder Mandatsträgern und/ oder Parteipräsidenten ist ein Rückgang von 303 auf 205 Straftaten (-32,3%), davon 22 im Begründungszusammenhang mit der Corona-Pandemie, zu verzeichnen.

---

<sup>1</sup> Umbenennung in PMK -sonstige Zuordnung-“ ab 01.01.2023 bei Kongruenz der Definition

<sup>2</sup> Alle im Bericht genannten Prozentangaben sind nach mathematischen Regeln gerundet.

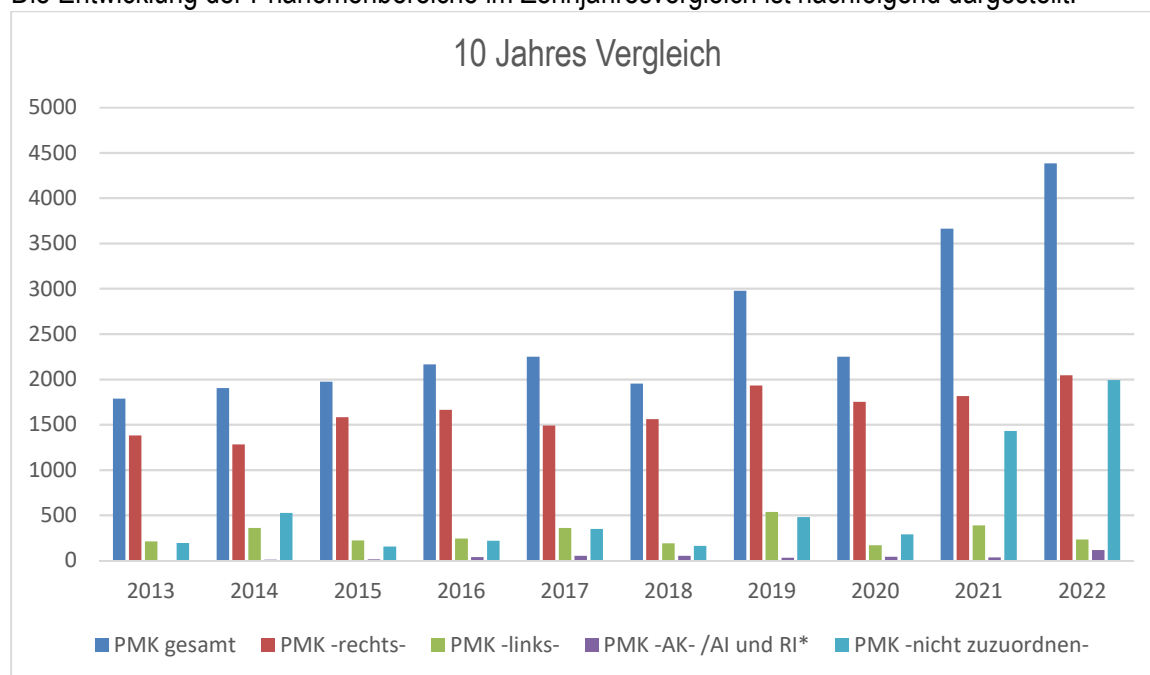
Von den 205 Straftaten wurden 50 Fälle im Phänomenbereich PMK -rechts-, 46 im Phänomenbereich PMK -links-, 107 im Phänomenbereich PMK -nicht zuzuordnen- und zwei im Phänomenbereich PMK -ausländische Ideologie- registriert. Die häufigsten Taten stellen dabei Beleidigungs-, Nötigungs-, Bedrohungs- und Sachbeschädigungsdelikte dar.

In neun Fällen wurden Gewaltdelikte (acht PMK -links- und ein Fall PMK -nicht zuzuordnen-) registriert.

Im Einzelnen ist für das Jahr 2022 gegenüber dem Vergleichszeitraum 2021 folgende Entwicklung in den Phänomenbereichen festzustellen:

- PMK -rechts-: Anstieg um 233 Fälle (+13 %),
- PMK -links-: Rückgang um 154 Fälle (-40 %),
- PMK -religiöse Ideologie-: Rückgang um zwei Fälle (-7 %),
- PMK -ausländische Ideologie-: Anstieg um 83 Fälle (+1.383 %),
- PMK -nicht zuzuordnen-: Anstieg um 563 Fälle (+39 %).

Die Entwicklung der Phänomenbereiche im Zehnjahresvergleich ist nachfolgend dargestellt:



(Quelle: PMK-Statistik)

\*AI = PMK -ausländische Ideologie-; RI = PMK -religiöse Ideologie- (seit 01.01.2017<sup>1</sup>)

**48,2 %** der im Jahr 2022 im Rahmen des KPMD-PMK registrierten Straftaten wurden aufgeklärt. Im Jahr 2021 waren es 52,5 %. Bei Straftaten im Begründungszusammenhang mit der Corona-Pandemie beträgt die Aufklärungsquote 31,7 % und bei Gewaltdelikten 79,7 % (2021: 81,0 %).

## 1.2 Politisch motivierte Gewaltdelikte

Im Jahr 2022 wurden **300** politisch motivierte Gewaltdelikte (2021: 179) registriert, davon **90** aus dem Phänomenbereich PMK -rechts- (2021: 108) und **29** Fälle PMK -links- (2021: 18). Darüber hinaus wurden **vier** Gewaltdelikte im Bereich der PMK -religiöse Ideologie- (2021: vier) festgestellt. **174** Gewaltdelikte konnten keinem der vorgenannten Bereiche zugeordnet werden (2021: 49). Im Bereich der PMK -ausländische Ideologie- sind drei Gewaltdelikte zu verzeichnen (2021: keine). Das Straftatenaufkommen im Bereich der politisch motivierten Gewaltkriminalität ist im Vergleich zum Vorjahr um 121 Fälle (+68 %) gestiegen.

### Übersicht der Fallzahlenentwicklung im Bereich der Politisch motivierten Gewaltkriminalität 2013 – 2022

Jahr	Gesamt	PMK -rechts-	PMK -links-	Politisch motivierte Ausländerkriminalität*		PMK -nicht zu- zuordnen-
				PMK -ausländische Ideologie-	PMK -religiöse Ideologie-	
2022	300	90	29	3	4	174
2021	179	108	18	0	4	49
2020	101	69	12	0	2	18
2019	127	90	24	2	4	7
2018	157	123	18	4	4	8
2017	176	124	24	2	10	16
2016	260	167	53	12		28
2015	186	129	48	4		5
2014	108	73	30	4		1
2013	62	45	15	1		1

\*bis 2016

Im Bereich der fremdenfeindlichen Gewaltdelikte aller Phänomenbereiche ist ein Anstieg um 69 auf 143 Fälle zu verzeichnen.

Bei den Gewaltdelikten vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit dem jeweiligen politischen Gegner gab es eine Zunahme von 49 auf 151 Straftaten.

70 Gewaltdelikte wurden im Begründungszusammenhang mit der Corona-Pandemie und den Maßnahmen zur Umsetzung der entsprechenden Eindämmungsverordnungen registriert.

Territoriale Schwerpunkte bei Gewaltdelikten liegen in den Polizeiinspektionen Cottbus/Spree-Neiße (109 Fälle), Brandenburg an der Havel (23 Fälle) und Oder-Spree/ Frankfurt (Oder) (21 Fälle).

Übersicht der Fallzahlenentwicklung im Bereich der Politisch motivierten Gewaltkriminalität 2013 - 2022 unter Zuordnung ausgewählter Themenfelder

Jahr	Gewaltstraftaten PMK-gesamt	davon			
		„fremdenfeindlich“	„Konfrontation mit dem politischen Gegner“	Summe dieser Gewaltdelikte	% - Anteil an Gewaltstraftaten PMK-gesamt
2022	300	143	151	287*	95,7 %
2021	179	74	102	170	95,0 %
2020	101	63	7	70	69,3 %
2019	127	81	18	99	78,0 %
2018	157	112	23	132	84,1 %
2017	176	107	30	137	77,8 %
2016	260	138	54	189	72,7 %
2015	186	97	66	160	86,0 %
2014	108	46	39	85	78,7 %
2013	62	26	27	53	85,5 %

\* sieben Straftaten sind sowohl „fremdenfeindlich“ als auch „gegen den politischen Gegner“

Bei Gewaltdelikten betrug die Aufklärungsquote **79,7 %** (2021: 81,0 %).

## 2 Politisch motivierte Kriminalität -rechts-

Im Zeitraum vom 01.01. bis 31.12.2022 wurden im Bereich der PMK -rechts- mit 2.046 Straftaten 233 Delikte mehr als im Jahr 2021 (1.813) klassifiziert. Den größten Anteil bilden nach wie vor die Propagandadelikte mit 1.278 Straftaten. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum (1.088 Delikte) ist hier ein Anstieg um 190 Straftaten (+17 %) erkennbar. Im Bereich der Gewaltdelikte (90) liegt das Fallzahlenaufkommen erheblich unter dem Niveau des Vorjahres (108).

Im Einzelnen stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

Jahr	PMK-Gewalt/gesamt	davon PMK-Gewalt-rechts-
2022	300	90
2021	179	108
2020	101	69
2019	127	90
2018	157	123
2017	176	124
2016	260	167
2015	186	129
2014	108	73
2013	62	45

Die Aufklärungsquote in Fällen der PMK -rechts- beträgt insgesamt 56,5 % (2021: 56,2 %) und bei Gewaltdelikten 83,3 % (2021: 86,1 %).

Bei Straftaten mit dem Angriffsziel „Asylbewerber/Flüchtlinge“ ist ein Anstieg um 19 auf 178 Fälle (+11,9 %) zu verzeichnen. Im Bereich der Gewaltkriminalität in diesem Teilbereich der PMK ist dagegen ein Rückgang um acht auf 37 Fälle festzustellen.

Die Anzahl von Angriffen gegen Asylunterkünfte ist seit 2017 kontinuierlich rückläufig (2016: 72 Fälle; 2017: 19 Fälle; 2018: fünf Fälle; 2019: drei Fälle; 2020: ein Fall, 2021: kein Fall, 2022: kein Fall).

### **3 Politisch motivierte Kriminalität -links-**

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 232 Fälle (2021: 386) politisch linksmotivierter Straftaten gemeldet. Dieser deutliche Fallzahlenrückgang (-154 Fälle) zum Jahr 2021 kann insbesondere auf die im Begründungszusammenhang mit der Bundestagswahl begangenen Straftaten im Jahr 2021 (190 Fälle) zurückgeführt werden.

Bei über ein Drittel der Fälle im Bereich der PMK -links- (85 Fälle = 36,6 %) handelt es sich, wie bereits im Vorjahr (238 Fälle = 61,7 %), um Sachbeschädigungen.

Im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen wurden insgesamt 70 Straftaten (2021: 30) registriert.

Die Aufklärungsquote in den Fällen Politisch motivierter Kriminalität -links- beträgt insgesamt 45,7 % (2021: 34,2 %) und bei Gewaltdelikten 51,7 % (2021: 55,6 %).

Es wurden 20 Straftaten von dem Aktionsbündnis „Aufstand der letzten Generation“ polizeilich bekannt.

### **4 Politisch motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-**

Im Jahr 2022 wurden im Land Brandenburg 25 Straftaten (2021: 27) der PMK -religiöse Ideologie- klassifiziert.

Dabei handelt es sich um sechs Fälle der Deliktsqualität Terrorismus (§§ 89c, 129a, b StGB), vier Gewaltdelikte (§§ 113 und 223 StGB) sowie 15 sonstige Straftaten (§§ 126, 130, 187, 241, 86a StGB und Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz). 21 Delikte wurden aufgeklärt (AQ: 84 %) und 25 Tatverdächtige ermittelt.

Im Phänomenbereich PMK -religiöse Ideologie - war im Jahr 2022 in Brandenburg eine niedrige zweistellige Zahl an Personen als „Gefährder“ oder „Relevante Personen“ eingestuft.

#### **4.1 Kurzbewertung islamistischer Terrorismus im Land Brandenburg**

Die Lage hat sich zum Vorjahr grundsätzlich nicht verändert. Für die Bundesrepublik und folglich für das Land Brandenburg besteht weiterhin eine anhaltend hohe Gefährdungslage.

Innerhalb des Landes Brandenburg ist das islamistische Personenpotential maßgebend durch die Zuwanderungsbewegung von Flüchtlingen, insbesondere dem Nahen Osten und der Russischen Föderation (Nordkaukasus), geprägt. Hierbei nehmen vor allem Nordkaukasier eine Schlüsselrolle innerhalb des relevanten Spektrums des islamistischen Terrorismus ein.

Eine Zuwanderung aus Regionen mit islamistischen Akteuren birgt die Gefahr, dass sich darunter aktive/ehemalige Mitglieder, Unterstützer und Sympathisanten terroristischer Organisationen befinden. Ebenso können Einzelpersonen mit extremistischer Gesinnung bzw. islamistisch motivierte Kriegsverbrecher oder sonstige Kriegsverbrecher auf diesem Weg ins Bundesgebiet gelangen. Entsprechende Hinweise haben sich im Land Brandenburg in der Mehrzahl der Fälle nicht bestätigt.

Bei einem überproportionalen Anteil nichtdeutscher Staatsangehöriger am islamistischen Personenpotential spielen deutsche Konvertiten nur eine untergeordnete Rolle. Konvertiten folgen jedoch regelmäßig einer strengeren Auslegung des Islam, einhergehend mit einem radikalen Werteverständnis, dass in der Regel ein erhöhtes Gefährdungspotential darstellt. Im LKA sind mehrere Konvertierungen von deutschen Staatsangehörigen zum Islam bekannt, welche teilweise Bezüge zum Islamismus erkennen lassen. Diese Einzelfälle sind zukünftig weiter zu erwarten.

## **5 Politisch motivierte Kriminalität -ausländische Ideologie-**

Im Jahr 2022 sind im Land Brandenburg 89 Straftaten (2021: sechs) der PMK-ausländische Ideologie-klassifiziert. 29,2 % der Delikte wurden aufgeklärt und 28 Tatverdächtige ermittelt.

Im Jahr 2022 wurde in Brandenburg keine Personen als „Gefährder“ oder „Relevante Personen“ eingestuft.

Der signifikante Anstieg der Straftaten im Bereich der PMK -ausländische Ideologie- ist auf Straftaten im Begründungszusammenhang mit dem Russland-Ukraine-Krieg zurückzuführen. Beim überwiegenden Teil der Straftaten handelt es sich um Belohnung und Billigung von Straftaten, darüber hinaus aber auch um Körperverletzung, Beleidigung, Bedrohung und Sachbeschädigung.

## **6 Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-**

Im Berichtszeitraum übermittelten die sachbearbeitenden Dienststellen im Rahmen des KPMD-PMK 1.992 meldepflichtige Straftaten (2021: 1.429), die keinem der vorgenannten Phänomenbereiche zuzuordnen waren. Insgesamt betrachtet ist in diesem Phänomenbereich ein starker Anstieg um 39 % (+563 Fälle) zu verzeichnen. Die Aufklärungsquote beträgt insgesamt 40,4 %.

Den überwiegenden Anteil der Straftaten bilden 1.429 Fälle im Begründungszusammenhang der Corona-Pandemie.

Von den 1.992 registrierten Fällen wurden 174 Gewaltdelikte (§§ 113, 114, 125, 212, 223, 224, 249, 250, 252, 253, 255, 306a und 315b StGB) klassifiziert.